Reform der österreichischen Krankenversicherung.

Von unserem kändigen Mitarbeiter.

* Wien, Mitte Januar.

Eine kürzlich in Wien ausgegebene kaiserliche Verordnung bringt eine weitgehende Reform der österreichischen Krankenversicherung. Das österreichische Krankenversicherungsgesetz ist bald 30 Jahre alt und seit langem sehr reformbedürftig, und die Reform ist namentlich durch den Krieg unaufschiebbar geworden. Die Krankenkassen selbst haben im Krieg wiederholt auf die schweren Aufgaben hingewiesen, die ihnen gerade infolge des Krieges unmittelbar nach Friedensschluß gestellt sein werden und die eine besondere Rüstung erfordern. In der jüngsten kaiserlichen Verordnung ist daher bereits eine Art sozialpolitischer Uebergangsmahnahme zu erblicken. Diesem Charakter entsprechend, hat sie von allen weitgehenden Änderungen in Bezug auf die Organisation der Krankenversicherung und den Umfang der Versicherungspflicht abgesehen. Diese bleibt der künftigen umfassenden Regelung der Sozial-Versicherung vorbehalten.

Die Novelle bringt dagegen vor allem eine beträchtliche Erhöhung der Versicherungsleistungen. Die Maximaldauer der Krankenunterstützung wird von 20 auf 26 Wochen erhöht. Die Unterstützungsdauer der Wöchnerinnen von 4 auf 6 Wochen verlängert und für die Dauer von 12 Wochen nach der Niederkunft die obligatorische Bezahlung von Stillprämien in der Höhe des Krankengeldes verfügt. Die Krankengelder und Versicherungsbeiträge, die bisher auf Grund des „bezirksüblichen“ Tagelohnes bemessen wurden, werden in Hinblick auf Grund eines Lohnklassensystems ermittelt, deren höchste Stufe Arbeitsverdienste über 750 Kronen täglich umfaßt. Das Krankengeld beträgt zwischen 60 Heller in der ersten und 5 Kronen in der elften Klasse.

Eine völlige Neuregelung erfährt die Frage des ärztlichen Dienstes, die in Oesterreich mangels einer gesetzlichen Regelung zu häufigen Konflikten zwischen den Krankenkassen und Ärzten Anlaß gegeben hat. Die Form des ärztlichen Dienstes und der Vertragsabschluß zwischen Ärzten und Krankenkassen wird geregelt. Zur Schlichtung von Streitigkeiten werden paritätisch zusammengesetzte Schiedsgerichte, zur Ausgleichung von Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung bestehender Verträge und den Abschluß von neuen Verträgen Einigungskommissionen vorgeesehen. Vor allem aber werden die finanziellen Grundlagen der Krankenkassen wesentlich gestärkt. Die Beiträge können für die verschiedenen Mitglederkategorien nach Unterschieden der Krankheitsgefahr abgestuft werden. Für Personen, welche in einem Betrieb beschäftigt sind, dessen Einrichtung den gesundheitlichen Vorschriften nicht entspricht, kann auf die Dauer dieses Zustandes eine Erhöhung des Krankenversicherungsbeitrages bis zu 50 v. H. vorgeschrieben werden, die von dem betreffenden Arbeitgeber allein zu tragen ist. Die obere Grenze des Wochenbeitrages wird mit vier Zehnteln des durchschnittlichen täglichen Arbeitsverdienstes angesetzt.

Besonders zu begrüßen ist die Förderung, welche die Bildung von **Kassenverbänden**, die bisher stark beschränkt war, durch die Novelle erfährt. Erst dadurch werden die Kassen in weiterem Umfang zur Erfüllung größerer sozial-hygienischer Aufgaben (Errichtung von Heilanstalten, Tuberkuloseheimen u. dgl.) befähigt, wie die Verbandsbildung andererseits geeignet ist, ihre Verwaltungskosten erheblich herabzudrücken, so durch Abschluß gemeinsamer Verträge mit Apotheken und Krankenhäusern, gemeinsame Beforgung der Krankenkontrolle, gemeinsame Beschaffung von Heilbehelfen u. a. Die Kassenverbände sind vor allem berufen, dem Staat einen großen Teil der ungeheuren Aufgaben abzunehmen, die er nach dem Krieg auf dem Gebiet der Rekonvaleszentenpflege, bei der Dämpfung der Volksseuchen usw. zu lösen haben wird.

Dr. G. St.